Antrag

der Abg. Dr. Bernhard Lasotta u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihr mit Blick auf die Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen (sog. „Gülen-Bewegung“) vorliegen (insbesondere hinsichtlich der Größe der Bewegung in Bund und Land, ihrer Verbreitung in unterschiedlichen Alters-, Geschlechts- und sozialen Gruppen, ihren Motiven und Inhalten sowie ihrer Strukturen und – ggf. öffentlichen – Finanzierung, auch hinsichtlich der Vernetzung beispielsweise mit den Organisationen „Forum für interkulturellen Dialog e. V.“, „Academy“, „Prisma“, „Süddialog“ und „Bundesverband der Unternehmensvereinigungen [BUV]“);
2. zu welchem Zeitpunkt welches Mitglied der Landesregierung bzw. welcher Amtschef Kenntnis davon erlangt hat, dass dem Verfassungsschutz Erkenntnisse zur „Gülen-Bewegung“ vorliegen bzw. welcher Art diese waren;
3. aus welchen Gründen eine Warnung des baden-württembergischen Landesamts für Verfassungsschutz „Gülen's Gedankengut stehe in mancherlei Hinsicht im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung“ laut Presseberichten als „internes Papier“ behandelt und nicht öffentlich kommuniziert wurde;
4. ob dem Kultusministerium Beschwerden aus dem Umfeld der Ludwigsburger Carl-Friedrich-Gauß Schule oder des Stuttgarter „BiL-Gymnasiums“ oder weiterer Schul- bzw. Bildungseinrichtungen bekannt geworden sind bzw. wie hierauf reagiert wurde;
5. welche Einschätzung sie zu der „Cemaat“-Bewegung hat;

6. ob sie als Folge der presseöffentlich gewordenen Vorgänge um Schulen in Baden-Württemberg schulaufsichtsrechtliche Maßnahmen eingeleitet hat, die zur unverzüglichen Aufklärung führen bzw. welche Ergebnisse diese gezeigt haben;
7. ob der Durchführung des Besuchs der Stuttgarter BiL-Schule durch den Ministerpräsidenten eine Vorabinformation durch die zuständigen Stellen der Landesverwaltung vorausging, die zu der presseöffentlichen Äußerung des Ministerpräsidenten, es gebe „einen Haufen Gerüchte, die da herumschwirren“ bzw. den dort erwähnten „Tatsachen“ beitrug;
8. welche weiteren Kontakte (nach Ort, Zeit, Anlass und Inhalt) es zwischen Mitgliedern der Landesregierung bzw. den im Jahr 2011 bis heute tätigen Amtschefs der Ministerien mit Vertretern der „Gülen-Bewegung“ oder der ihr nahestehenden Organisationen gab, unter besonderer Berücksichtigung der siebentägigen Reise des Ministers für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Nils Schmid auf dessen Einladung in Begleitung des Generalsekretärs des BUV;
9. welche Position sie mit Blick auf den Besuch von Einrichtungen der „Gülen-Bewegung“ einnimmt;

II.

1. dem Landtag den internen Bericht des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg und ggf. anderer Verfassungsschutzbehörden zugänglich zu machen;
2. eine Bewertung der in dem Bericht und den Medien dargestellten Äußerungen über die „Gülen-Bewegung“ bezüglich einer Stellung gegen unsere Verfassung vorzulegen;
3. ihre Position im Hinblick auf die „Gülen-Bewegung“ klarzustellen;
4. eine Prüfung von Schulen und Einrichtungen, die der „Gülen-Bewegung“ zuzurechnen sind, insbesondere deren Förderung, vorzunehmen.

05.02.2014

Dr. Lasotta, Blenke, Gurr-Hirsch, Wald, Zimmermann,
Hitzler, Kurtz, Müller, Traub, Röhm, Wacker CDU

Begründung

Der Antrag dient dazu, Informationen über die sog. „Gülen-Bewegung“ in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg einer öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen. Die Medien (DER SPIEGEL, SWR vom 3. Februar 2014) berichten aktuell über Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, nach denen die Bewegung einen türkischen Nationalismus „in seriösem Gewand“ mit „islamistischen Komponenten“ verfolge. Der Antrag soll die öffentliche Diskussion versachlichen und die der Landesregierung vorliegenden Informationen soweit möglich öffentlich machen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. Februar 2014 Nr. 4-1083/80 nimmt das Innenministerium unter Beteiligung aller Ressorts zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihr mit Blick auf die Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen (sog. „Gülen-Bewegung“) vorliegen (insbesondere hinsichtlich der Größe der Bewegung in Bund und Land, ihrer Verbreitung in unterschiedlichen Alters-, Geschlechts- und sozialen Gruppen, ihren Motiven und Inhalten sowie ihrer Strukturen und – ggf. öffentlichen – Finanzierung, auch hinsichtlich der Vernetzung beispielsweise mit den Organisationen „Forum für interkulturellen Dialog e. V.“, „Academy“, „Prisma“, „Süddialog“ und „Bundesverband der Unternehmervereinigungen [BUV])“;

5. welche Einschätzung sie zu der „Cemaat“-Bewegung hat;

Zu I. 1. und 5.:

Die Gülen-Bewegung ist kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Es kann zwar ein deutlich hervortretender türkischer Nationalismus mit islamischen und islamistischen Komponenten wahrgenommen werden. Einige Äußerungen und Veröffentlichungen Fethullah Gülens bzw. einzelner Einrichtungen seiner Bewegung stehen teilweise im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Es liegen derzeit aber keine ausreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vor, dass die Gülen-Bewegung gezielt Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolgt. Auch ist eine Zuordnung von Meinungsäußerungen oder Bekenntnissen einzelner Einrichtungen zu entsprechenden Äußerungen und Veröffentlichungen Fethullah Gülens nicht mit hinreichendem Gewicht möglich.

Ideologisch basiert die Bewegung um den türkischen Prediger Fethullah Gülen (im Folgenden: Gülen-Bewegung) auf einer islamischen Weltanschauung. Die Landesregierung teilt die in der wissenschaftlichen Literatur getroffene Einschätzung, nach der die Gülen-Bewegung als hierarchisch strukturierte religiöse Gemeinde mit einer zivilgesellschaftlichen „Mission“ charakterisiert werden kann und dabei einen ausgeprägten politischen Gestaltungswillen aufweist (vgl. zuletzt etwa die Studie von Günter Seufert, *Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen? – Eine türkische Religionsgemeinde als nationaler und internationaler Akteur*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2013).

Die Gülen-Bewegung, die sich in der türkischen Öffentlichkeit auch Cemaat-Bewegung¹ nennt und in Deutschland unter der Selbstbezeichnung „Hizmet-Bewegung“² auftritt, unterhält zahlreiche Einrichtungen, die mit Schulen und Nachhilfeeinheiten einen Schwerpunkt im Bildungsbereich aufweisen. Deren Zahl wird in Baden-Württemberg auf mindestens 40 geschätzt.

Der Bewegung sind eine Reihe von Einrichtungen zuzurechnen, die im Bereich des interkulturellen und interreligiösen Dialogs sowie auf dem Feld der Integrationsförderung tätig sind wie etwa der Verein Begegnungen e. V. Der Verein hat seinen Sitz in Stuttgart, verfügt aber auch über Ansprechpartner in Karlsruhe, Ludwigsburg, Freiburg und Pforzheim. Darüber hinaus gehören Printmedien (u. a. „Zaman“, „Fontäne“, „Zukunft“) und TV-Sender (u. a. Samanyolu TV) zur Bewegung.

Eine Vernetzung der im Antrag angeführten Einrichtungen wie dem „Forum für Interkulturellen Dialog e. V.“, der „Academy e. V.“, der „Prisma Lernzentren“,

¹ Cemaat, türkisch, „die Gemeinschaft“, „Gemeinde“.

² Hizmet, türkisch, „der Dienst“.

des „Süddialog e. V.“ oder dem „Bundesverband der Unternehmervereinigungen“ (BUV) mit der Gülen-Bewegung wird aufgrund der Hinwendung zur Person des Fethullah Gülen und der Bejahung seiner Lehren immer wieder vermutet, lässt sich bisher aber nicht anhand tatsächlicher, struktureller Belege nachweisen. Beispielsweise nimmt der in Frankfurt am Main ansässige Verein „Academy e. V.“, der nach eigenen Angaben „150 gemeinnützige Mitgliedsvereine in fast allen Bundesländern“ hat, wie viele andere Vereine, die in den Bereichen Nachhilfe und Integration tätig sind, regelmäßig an den „Deutsch-Türkischen Kulturolympiaden“ und den „Pangea-Mathematikwettbewerben“ teil. Beide Veranstaltungen können der Gülen-Bewegung zugerechnet werden.

Daneben werden von der Gülen-Bewegung – abseits der öffentlichen Wahrnehmung – sogenannte „Lichthäuser“ betrieben, die als Wohngemeinschaften dienen und in denen sich die Anhänger „gottgefällig“ betätigen sollen.

Die Motive der Bewegung liegen im Bereich des sogenannten „interreligiösen Dialogs“. Dies unterscheidet sie von anderen islamischen Gruppierungen, die einem solchen Dialog entweder eine geringere Priorität zuweisen, mit einem gewissen Abstand begegnen oder einen Dialog ausdrücklich ablehnen. Dabei vertritt die Gülen-Bewegung einen konservativen sunnitischen Islam, angereichert mit nationalistischen Elementen. Gerade dieser Gesichtspunkt macht sie zum Gegenstand kritischer Betrachtung durch andere aus der Türkei stammende, jedoch nicht-türkische Ethnien und durch Personengruppen nicht-sunnitischer Ausrichtung.

Zur Verbreitung der Gülen-Bewegung in unterschiedlichen Alters-, Geschlechts- und sozialen Gruppen sowie zur Finanzierung der Einrichtungen liegen der Landesregierung keine Daten vor.

Ergänzend wird auf die Stellungnahme des Ministeriums für Integration zu den Fragen 3, 4 und 5 des Antrags der Abg. Nemeth u. a. CDU (Drs. 15/3280 vom 22. März 2013) verwiesen.

2. zu welchem Zeitpunkt welches Mitglied der Landesregierung bzw. welcher Amtschef Kenntnis davon erlangt hat, dass dem Verfassungsschutz Erkenntnisse zur „Gülen-Bewegung“ vorliegen bzw. welcher Art diese waren;
3. aus welchen Gründen eine Warnung des baden-württembergischen Landesamts für Verfassungsschutz „Gülen's Gedankengut stehe in mancherlei Hinsicht im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung“ laut Presseberichten als „internes Papier“ behandelt und nicht öffentlich kommuniziert wurde;

Zu I. 2. und 3.:

Da die Gülen-Bewegung kein Beobachtungsobjekt des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) ist und war, wurde bislang auch in den jährlich herausgegebenen Verfassungsschutzberichten nicht über sie berichtet. Aus diesem Grund erfolgte auch keine „Warnung“ vor der Gülen-Bewegung. Die Mitglieder der Landesregierung und die Amtschefs der Ministerien haben – mit Ausnahme des Innenministers und des Amtschefs des Innenministeriums – erst durch die jüngsten Presseveröffentlichungen von den dort beschriebenen Erkenntnissen des LfV Kenntnis erlangt. Der Innenminister und der Ministerialdirektor des Innenministeriums haben diesbezügliche Kenntnis im Dezember 2013 erlangt, da zur Vorbereitung eines Gesprächstermins des Innenministers das LfV um Vorlage eines Berichts zur Gülen-Bewegung gebeten wurde.

Dieser Bericht enthält noch keine abschließende Bewertung zur Gülen-Bewegung. Er enthält auch keine Einschätzung einzelner Einrichtungen, Vereine oder Schulen. Aufgrund der in jüngerer Zeit zunehmenden Nachfragen aus Medien und Öffentlichkeit erfolgt derzeit anhand der vorliegenden Erkenntnisse und im Austausch mit anderen Verfassungsschutzbehörden eine Neubewertung der Gülen-Bewegung. Mit dem Abschluss dieser Bewertung wird bis Jahresmitte 2014 gerechnet. Danach sollen der Landtag und die Öffentlichkeit darüber informiert werden.

4. *ob dem Kultusministerium Beschwerden aus dem Umfeld der Ludwigsburger Carl-Friedrich-Gauß Schule oder des Stuttgarter „BiL-Gymnasiums“ oder weiterer Schul- bzw. Bildungseinrichtungen bekannt geworden sind bzw. wie hierauf reagiert wurde;*

6. *ob sie als Folge der presseöffentlich gewordenen Vorgänge um Schulen in Baden-Württemberg schulaufsichtsrechtliche Maßnahmen eingeleitet hat, die zur unverzüglichen Aufklärung führen bzw. welche Ergebnisse diese gezeigt haben;*

Zu I. 4. und 6.:

Das Gymnasium der Carl-Friedrich-Gauß-Schulen in Ludwigsburg wurde am 22. September 2008 genehmigt und am 29. Januar 2014 staatlich anerkannt. Die Realschule der Carl-Friedrich-Gauß Schulen in Ludwigsburg wurde am 25. Juli 2007 genehmigt und am 9. November 2012 staatlich anerkannt.

Die dem Regierungspräsidium Stuttgart als zuständiger Schulaufsichtsbehörde vorliegenden Beschwerden, die diese beiden Schulen betreffen, sind überwiegend anonym und unspezifisch. Sie wurden in der Sache überprüft und es wurden Gespräche, insbesondere mit der Geschäftsführung und Schulleitung der Schulen, geführt. Das Ergebnis der Überprüfung ergab keine Anhaltspunkte für einen Widerruf der Genehmigung oder die Untersagung der Unterrichtstätigkeit einzelner Lehrkräfte nach § 8 Privatschulgesetz. Eine aktuell anhängige Beschwerde wird derzeit überprüft.

Gegen die Stuttgarter BiL-Schule sind keine derartigen Beschwerden bekannt. Dies gilt für das staatlich anerkannte Gymnasium, die staatlich anerkannte Realschule, die genehmigte Grundschule und das Wirtschaftsgymnasium.

7. *ob der Durchführung des Besuchs der Stuttgarter BiL-Schule durch den Ministerpräsidenten eine Vorabinformation durch die zuständigen Stellen der Landesverwaltung vorausging, die zu der presseöffentlichen Äußerung des Ministerpräsidenten, es gebe „einen Haufen Gerüchte, die da herumschwirren“ bzw. den dort erwähnten „Tatsachen“ beitrug;*

Zu I. 7.:

Die Vorbereitung des Besuchs des Ministerpräsidenten an der Stuttgarter BiL-Schule im Januar 2013 erfolgte durch das Staatsministerium. In diesem Zusammenhang erfolgte auch ein allgemein gehaltener Hinweis auf die öffentliche Berichterstattungen zur Gülen-Bewegung, die unterschiedliche Bewertungen und Schlussfolgerungen aufwiesen. Da es sich bei der Gülen-Bewegung nicht um eine extremistische Bestrebung handelt, gab es für eine Anforderung einer gesonderten Stellungnahme des LfV keine Veranlassung.

8. *welche weiteren Kontakte (nach Ort, Zeit, Anlass und Inhalt) es zwischen Mitgliedern der Landesregierung bzw. den im Jahr 2011 bis heute tätigen Amtschefs der Ministerien mit Vertretern der „Gülen-Bewegung“ oder der ihr nahestehenden Organisationen gab, unter besonderer Berücksichtigung der siebentägigen Reise des Ministers für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Nils Schmid auf dessen Einladung in Begleitung des Generalsekretärs des BUV;*

Zu I. 8.:

Die Mitglieder der Landesregierung und die Amtschefs der Ministerien sind grundsätzlich gehalten, mit Einrichtungen der Zivilgesellschaft aktiv Begegnung und Dialog zu suchen. Ein Hinderungsgrund für solche Kontakte und Termine kann dann vorliegen, wenn dem Verfassungsschutz belegbare tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. Dies war und ist im Zusammenhang mit der Gülen-Bewegung nicht der Fall, vgl. dazu die Stellungnahmen der Landesregierung zum Antrag der Abg. Rainer Stichelberger u. a. SPD (Drs. 14/6914 vom 15. September 2010), zum Antrag der Abg. Sabine Kurtz u. a. CDU (Drs. 15/612 vom 13. Oktober 2011) und zum Antrag der Abg. Nemeth

u. a. CDU (Drs. 15/3280 vom 22. März 2013), in denen der jeweilige Erkenntnisstand des Verfassungsschutzes wiedergegeben wurde.

Da es für verschiedentlich vermutete Verbindungen der Gülen-Bewegung mit anderen Einrichtungen keine hinreichenden Belege gibt und weder die Gülen-Bewegung noch einzelne Einrichtungen verpflichtet sind, die von ihnen unterhaltenen Kontakte offenzulegen, ist es nicht möglich, einen abschließenden „Katalog“ von Organisationen und Personenzusammenschlüssen der Gülen-Bewegung vorzulegen. Deshalb ist es auch nicht möglich, eine vollständige Auflistung von Kontakten der Mitglieder der Landesregierung oder der Amtschefs der Ministerien mit Vertretern der Gülen-Bewegung vorzulegen. Die nachfolgende Übersicht, die die von den Ministerien genannten Termine enthält, ist vor diesem Hintergrund zu sehen.

	Datum	Organisation	Ort	Anlass/Inhalt
Innenminister	04.07.2011	Prisma-Schule	Böblingen	Besuch
Amtschef des Ministeriums für Integration	12.09.2011	BiL-Schule	Stuttgart	Teilnahme an der Grundsteinlegung
Ministerin für Integration	16.11.2011	Begegnungen e.V.	Stuttgart	Diskussionsrunde mit Jugendlichen
Justizminister	04.01.2012	Begegnungen e.V.	Stuttgart	Empfang eines Vertreters des Vereins
Ministerin für Integration	28.04.2012	SELV e.V.	Stuttgart	Grußwort bei Hauptversammlung
Amtschef des Ministeriums für Integration	29.06.2012	Türkische Akademikervereinigung	Ravensburg	Grußwort
Ministerpräsident	05.01.2013	BiL-Schule	Stuttgart	Veranstaltung anlässlich Gebäudeeröffnung
Ministerin für Integration	28.03.2013	Zeitung Zaman	Stuttgart	Redaktionsbesuch
Minister für Kultus, Jugend und Sport	03.04.2013	Zeitung Zaman	Stuttgart	Interview
Sozialministerin	13.07.2013	Begegnungen e.V.	Stuttgart	Gespräch mit Vertretern des Vereins
Amtschef des Innenministeriums	07.10.2013	Begegnungen e.V.	Stuttgart	Gespräch mit Vertretern des Vereins
Amtschef des Ministeriums für Integration	10.10.2013	Begegnungen e.V.	Stuttgart	Grußwort anlässlich Büroeneröffnung
Amtschef des Innenministeriums	22.01.2014	Begegnungen e.V.	Stuttgart	Teilnahme an Veranstaltung unter dem Titel „NSU – Deutschland danach“

Ergänzend wird Folgendes mitgeteilt:

Eine Zusammenarbeit der Landesregierung Baden-Württemberg mit dem Bundesverband der Unternehmensvereinigungen e. V. (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden in Baden-Württemberg Self e. V. (Stuttgart) und dem Alb-Donau Unternehmerverband Ulm ADUV e. V. findet bei Veranstaltungen zu ausgewählten Themen, bei denen der BUV sich als kompetenter und leistungsfähiger Partner anbietet, statt. Dies geschieht entweder in Kooperation mit weiteren Verbänden oder nach einem öffentlichen Wettbewerbsverfahren bei Ausschreibungen und Projektförderungen.

Im Rahmen der Förderperiode des Europäischen Sozialfonds vom 1. September 2008 bis 31. Dezember 2011 förderte das Referat Existenzgründung und Unternehmensnachfolge des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft zwei Projekte,

die von zwei türkischen Unternehmerverbänden in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Stuttgart und mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Ulm sowie der IHK Ulm durchgeführt wurden. Beide Projekte waren konzeptionell ähnlich angelegt.

So sollte mit dem Projekt „Bedarfsermittlung, Coaching und Qualifizierung der ExistenzgründerInnen und GründerInnen mit Migrationshintergrund in der Region Ulm“ des Alb-Donau Unternehmerverbandes (ADUV e.V.) der ADUV e.V. als zentrale Schnittstelle zum Thema Existenzgründung für die o.g. Zielgruppe etabliert werden. Im Einzelcoaching wurden Personen mit Migrationshintergrund in bestehende Angebote vermittelt und ggf. begleitet. Wenn der Bedarf durch die bestehenden Angebote nicht gedeckt werden konnte, wurde in Kooperation mit der IHK Ulm und der Wirtschaftsförderung der Stadt Ulm eine individuelle Vorgehensweise herausgearbeitet. Beide Einrichtungen waren Kooperationspartner im Projekt.

Im Projekt „Zielgruppenspezifische Förderung der ExistenzgründerInnen und Gründungswilligen mit Migrationshintergrund in der Region Stuttgart“ der Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Stuttgart in Kooperation mit dem türkischen Verband Self wurde in Stuttgart eine zentrale Anlaufstelle für die o.g. Zielgruppe geschaffen.

Ausgangspunkt der Zusammenarbeit mit dem BUV im Bereich Außenwirtschaft war dessen Einbindung in die Vorbereitung und Durchführung einer Wirtschaftsveranstaltung im Rahmen des Besuches des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül in Baden-Württemberg im September 2011 durch die türkische Seite. Das erste „Deutsch-Türkische Forum Regenerative Energien“ fand mit über 600 Teilnehmern unter der Schirmherrschaft des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff und des Staatspräsidenten Gül am 21. September 2011 in Stuttgart statt. Als Redner traten u. a. Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der Stellvertretende Ministerpräsident und Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid und der türkische Energieminister Taner Yildiz auf.

Weiterhin geplant ist von dem BUV-BW für den Herbst 2014 eine Marmara-Wirtschaftswoche für die Branchen Automotiv und Maschinenbau im Rahmen der Außenwirtschaftsveranstaltung „Global Connect“. Ziel sind Kooperationen von Unternehmen aus der türkischen Marmararegion und aus Baden-Württemberg. Von türkischer Seite sind die Verbände und staatlichen Institutionen TUSKON, MARIFED, ISPAT und KOSGEB beteiligt. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft unterstützt dieses Vorhaben.

An der Wirtschaftsdelegationsreise unter Leitung von Herrn Minister Dr. Nils Schmid vom 20. bis 27. März 2013 in die Türkei nach Izmir, Istanbul, Ankara und Konya nahmen Vertreter des BUV (Generalsekretär Önder Kurt) und Self (Geschäftsführender Vorstand Faruk Ceran) teil. Diese verfügen über sehr gute Kontakte zu den türkischen Ministerien und Behörden sowie zu anderen wichtigen wirtschaftlichen Akteuren und Multiplikatoren in der Türkei und waren insoweit hilfreich sowohl bei der Vorbereitung der Reise als auch vor Ort. In Begleitung des BUV bereisten bereits vom 12. bis 16. März 2013 der damalige bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Martin Zeil sowie vom 10. bis 12. April 2013 der damalige Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Dr. Philipp Rösler mit einer Wirtschaftsdelegation die Türkei.

Neben den anderen wirtschaftsrelevanten Kammern und Verbänden aus Baden-Württemberg und weiteren Migranten-Unternehmerverbänden in Baden-Württemberg, wie beispielsweise ATGIAD, DESBIR, TÜMSIAD und MÜSIAD, wurden beide Institutionen auch zu der bevorstehenden Wirtschaftsdelegationsreise in die Türkei unter Leitung von Herrn Minister Dr. Nils Schmid nach Ankara, Kayseri und Istanbul vom 1. bis 6. April 2014 zur Mitreise eingeladen.

9. welche Position sie mit Blick auf den Besuch von Einrichtungen der „Gülen-Bewegung“ einnimmt;

Zu I. 9.:

Die Gülen-Bewegung ist kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Vor diesem Hintergrund gab es für die Mitglieder der Landesregierung und die Amtschefs der Ministerien bisher keine Veranlassung, Gesprächswünsche oder Ein-

ladungen zu Veranstaltungen der Gülen-Bewegung oder der ihr tatsächlich oder vermeintlich nahestehenden Organisationen grundsätzlich abzulehnen. Sofern sich tatsächliche Anhaltspunkte für eine Neubewertung der Gülen-Bewegung oder einzelner ihr nahestehender Institutionen oder Personen ergeben, können diese Erkenntnisse bei der Gestaltung künftiger Kontakte herangezogen werden.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme des Ministeriums für Integration zum Antrag des Abg. Nemeth u. a. CDU (Drs. 15/3280) verwiesen.

II.

1. dem Landtag den internen Bericht des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg und ggf. anderer Verfassungsschutzbehörden zugänglich zu machen;
2. eine Bewertung der in dem Bericht und den Medien dargestellten Äußerungen über die „Gülen-Bewegung“ bezüglich einer Stellung gegen unsere Verfassung vorzulegen;
3. ihre Position im Hinblick auf die „Gülen-Bewegung“ klarzustellen;

Zu II. 1. bis 3.:

Bezüglich der Entstehung des LfV-Berichts wird auf die Stellungnahme zu I. 2. und 3. verwiesen. Das Innenministerium ist bereit, im Ständigen Ausschuss hierzu vorzutragen und dem Ausschuss auf Wunsch den Bericht zugänglich zu machen.

Die Gülen-Bewegung war und ist kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Es liegen weder dem Landes- noch dem Bundesamt für Verfassungsschutz zum jetzigen Zeitpunkt hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass es sich bei der Gülen-Bewegung um eine extremistische Bestrebung handelt. Bislang ist nicht nachweisbar, dass die Äußerungen von Vertretern der Gülen-Bewegung in eine politisch motivierte, gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Aktivität münden. Es liegen bisher keine ausreichend belastbaren Erkenntnisse dafür vor, ob und inwieweit einzelne Einrichtungen, die mit Einrichtungen der Gülen-Bewegung in Kontakt stehen, der Gülen-Bewegung zugeordnet oder ihnen Äußerungen Fethullah Gülens oder Stellungnahmen von Vertretern der Gülen-Bewegung zugerechnet werden können. Es liegen mithin keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen im Sinne von § 3 Absatz 2 des Landesverfassungsschutzgesetzes (LVSG) vor. Nach § 4 LVSG fallen unter den Begriff der Bestrebung nur solche, die sich in politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen manifestieren.

Einige frühere Äußerungen Fethullah Gülens sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Die Favorisierung eines islamisch überworfenen autokratischen Staatssystems gegenüber einer freiheitlichen, humanistisch fundierten, säkularen und demokratischen Gesellschaftsordnung ist ein Hinweis hierfür. Andere ergeben sich aus Stellungnahmen zur Religionsfreiheit, zum Gleichheitsgrundsatz, zur Freiheit von Forschung und Lehre oder zum Gebot der Völkerverständigung. So soll laut Fethullah Gülen derjenige mit dem Tod bestraft werden, der vom rechten Glauben abgefallen ist. Die Frau solle im Besitz des Mannes stehen und wird im Wesentlichen auf ihre Rolle als Mutter reduziert. Wissenschaft füge den Menschen nur dann keinen Schaden zu, „bis Menschen, die der Wahrheit und dem Glauben verpflichtet sind, in eine Position versetzt werden, die es ihnen erlaubt, die Richtung und die Dinge des Geschehens zu bestimmen.“ Die Evolutionslehre wird damit verneint. Schließlich finden sich umstrittene Äußerungen Fethullah Gülens zur Lösung des „Kurdenproblems“ in der Türkei.

4. eine Prüfung von Schulen und Einrichtungen, die der „Gülen-Bewegung“ zuzurechnen sind, insbesondere deren Förderung, vorzunehmen.

Zu II. 4.:

Aus den derzeitigen Erkenntnissen des Kultusministeriums ergeben sich hinsichtlich der Genehmigungsvoraussetzungen keine belastbaren Erkenntnisse für eine

privatschulrechtliche Unzuverlässigkeit, die zu einem Widerruf der Genehmigung der Schulen führen könnten. Genehmigte Ersatzschulen haben nach Ablauf der Zuschusswartefrist (§ 17 Absatz 4 Privatschulgesetz) und bei Vorliegen der übrigen Zuschussvoraussetzungen einen gesetzlichen Anspruch auf Förderung, solange ein genehmigter Schulbetrieb tatsächlich stattfindet. Eine besondere Prüfung der finanziellen Förderung ist nicht erforderlich.

Gall

Innenminister